

V8 Gute Psychotherapie braucht verlässliche Bedingungen – Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung sichern!

Antragsteller*in: Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

Tagesordnungspunkt: #14 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Seit der Reform des Psychotherapeutengesetzes 2020 folgt auf das Studium eine fünfjährige, vergütete Weiterbildung, doch wer diese Vergütung finanziert, ist bis heute ungeklärt. Kliniken und Praxen können die Kosten nicht tragen, wodurch Weiterbildungsplätze fehlen und viele angehende Psychotherapeut*innen ohne Perspektive bleiben. Das verschärft den Mangel an Therapieplätzen und gefährdet die psychotherapeutische Versorgung. Wir fordern daher eine verbindliche gesetzliche Finanzierung der Weiterbildung, um faire Bedingungen und Planungssicherheit zu schaffen. Zudem braucht es Übergangsregelungen für aktuell Approbierte, die Anerkennung psychischer Gesundheit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und das Zusammendenken von Gesundheits- und Gleichstellungspolitik, da die psychotherapeutische Arbeit überwiegend weiblich geprägt ist und fehlende Finanzierung bestehende Geschlechterungerechtigkeiten verstärkt.

- 1 Seit 2020 regelt sich der Weg des Psychologiestudiums hin zur
- 2 psychotherapeutischen Weiterbildung neu: Durch die Novellierung des
- 3 Psychotherapeutengesetzes schließt sich dem neu geschaffenen Masterstudiengang
- 4 „Klinische Psychologie und Psychotherapie“ nach der Approbation eine fünfjährige
- 5 Weiterbildung an, deren Vergütung vom Gesetzgeber verpflichtend festgelegt
- 6 wurde. Mit der Approbation am Ende des Studiums können die Absolvent:innen den
- 7 Beruf bereits selbständig und eigenverantwortlich ausüben. Die Weiterbildung zur
- 8 Fachtherapeut:in ist jedoch nötig, damit sich die approbierten
- 9 Psychotherapeut:innen mit einer kassenärztlichen Praxis niederlassen und ihre
- 10 Patient:innen die Behandlungskosten über die Krankenkassen abrechnen können.
- 11 Dabei ist die fünfjährige Weiterbildung nun analog zur fachmedizinischen
- 12 Ausbildung angelegt und löst die dreijährige Ausbildung ab. Da diese selbst zu
- 13 finanzieren war, verschuldeten sich die Psychotherapeut:innen häufig hoch.
- 14 Für die neu geregelte Weiterbildung benötigen die Psychotherapeut:innen
- 15 Einsatzorte in Kliniken, Praxen und Ambulanzen, um praktische Erfahrung zu
- 16 sammeln. Der Haken daran ist allerdings, dass die Weiterbildungsplätze an diesen
- 17 Orten de facto nicht existieren: Jens Spahn als Gesundheitsminister hat zwar den
- 18 Weg reformiert, die Finanzierung dieser ließ er jedoch ungeklärt. Dadurch sehen
- 19 sich die Weiterbildungsstätten nicht in der Lage, die Weiterbildungsplätze zu
- 20 finanzieren, sodass diese kaum angeboten werden und wir es mit einem massiven
- 21 Engpass an Möglichkeiten zur Weiterbildung zu tun haben. Eine adäquate Vergütung
- 22 von Psychotherapeut:innen in Weiterbildung wird von der Bundesregierung momentan
- 23 nicht sichergestellt und Tausende Psychotherapeut:innen stehen ohne Perspektive
- 24 da. Das ist nicht nur massiv ungerecht für diejenigen, die unserer Gesellschaft
- 25 und Menschen mit dringendem Behandlungsbedarf helfen möchten, sondern sorgt auch
- 26 mittelfristig für einen Engpass an psychotherapeutischer Versorgung. Bereits
- 27 heute haben wir dahingehend eine angespannte Situation, die nun droht, noch
- 28 dramatischer zu werden.
- 29 Dabei steigt der Bedarf psychotherapeutischer Behandlungen rapide an ohne
- 30 Anstieg von Therapieplätzen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen: Schon
- 31 jetzt muss vielerorts mit exorbitanten Wartezeiten gerechnet werden. Psychisch
- 32 erkrankte Menschen sehen sich ohnehin mit existenziellen Nöten und Sorgen

33 konfrontiert, die durch langes Warten auf einen Therapieplatz verstärkt werden.
34 Sich um einen Therapieplatz zu kümmern, obwohl man sich momentan nicht einmal um
35 sich selbst zu kümmern vermag, spitzt das Leid der Menschen mit psychischen
36 Erkrankungen immens zu. Wenn beispielsweise depressive Episoden autarkes
37 Organisieren unmöglich machen, stellt das insbesondere diejenigen vor enorme
38 Herausforderungen, die keinen sozialen Rückhalt haben beziehungsweise nicht in
39 gut betuchten Verhältnissen leben. Aber genau diese gesellschaftlich
40 marginalisierten Menschen sind deutlich anfälliger dafür, psychisch zu
41 erkranken. Durch Armut sind sie in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und
42 Sichtbarkeit unterrepräsentiert, bei psychischen Erkrankungen jedoch statistisch
43 massiv überrepräsentiert.

44 Doch nicht nur diejenigen, die dringend Hilfe benötigen, sondern auch die
45 approbierten Psychotherapeut:innen stehen vor enormen Herausforderungen. Wenn
46 den angehenden Helfenden keine Weiterbildungsplätze garantiert werden können,
47 befeuert das Versorgungsengpässe, da die künftigen Psychotherapeut:innen sich
48 möglicherweise umorientieren oder sogar ihr Studium hinauszögern, in der
49 Hoffnung auf Besserung. Das sorgt nicht nur für immense Unsicherheiten für den
50 beruflichen Weg der Studierenden und bereits approbierten Psychotherapeut:innen,
51 sondern gefährdet auch den Wissenschaftsstandort Deutschland: Mittelfristig
52 fehlt klinisch qualifizierter Nachwuchs für die Psychotherapieforschung und das
53 schwächt die Psychotherapieforschung insgesamt, obwohl sie eine zentrale Säule
54 psychotherapeutischer Versorgung darstellt.

55 Darüber hinaus ist die psychotherapeutische Arbeitswelt weiblich dominiert und
56 damit sind Frauen überproportional von der fehlenden Finanzierung betroffen.
57 Diese Perspektive darf bei der Debatte nicht vergessen werden. Auch die
58 gesellschaftlich geringe Anerkennung von Care-Arbeit und weiblich dominierten
59 Berufen spiegelt sich hier wider. Daher stellt der aktuelle Zustand auch eine
60 Schieflage im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit dar. Als solche sollten wir
61 dieses Thema auch angehen und um dem Ziel der Gerechtigkeit näherzukommen, muss
62 die Ungerechtigkeit der fehlenden Finanzierung beseitigt werden.

63 Im Petitionsausschuss des Bundestags wurde bereits eine Petition zur
64 Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung behandelt und dem Bundestag
65 beziehungsweise der Bundesregierung mit dem höchstmöglichen Votum empfohlen.
66 Auch der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, in dieser Sache endlich
67 zu handeln und für eine nachhaltige Finanzierung zu sorgen. Zwar hat die Ampel-
68 Koalition durch Änderungen im Gesundheitsversorgungsgesetz mittlerweile für
69 etwas Abhilfe gesorgt, aber nicht annähernd für eine langfristige, in allen
70 Bereichen wirksame Lösung und das trotz anhaltender Kritik der Verbände, des
71 Bundestags und des Bundesrats.

72 Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen:

- 73 • Nachhaltige, gesetzliche Finanzierung schaffen: Der Bund muss eine
74 verbindliche, gesetzlich geregelte Finanzierung der Weiterbildung in

75 Kliniken, Praxen und Weiterbildungsambulanzen sicherstellen und dauerhaft
76 einplanen.

- 77 • Psychische Gesundheit als öffentliche Aufgabe begreifen: Psychische
78 Gesundheit gehört zur Daseinsvorsorge. Daher braucht sie politische
79 Priorität und ausreichende Mittel.
- 80 • Übergangsregelungen für neue Approbierte: Die ersten Jahrgänge
81 approbierter Psychotherapeut:innen dürfen nicht im Leerlauf bleiben. Sie
82 brauchen kurzfristige Förder- und Übergangsprogramme.
- 83 • Psychische Gesundheit als soziale Frage begreifen: Soziale Ungleichheit
84 und Armut beeinflussen psychische Belastungen ebenso wie den Zugang zu
85 Behandlungen. Diese strukturelle Ungerechtigkeit muss beseitigt werden.
- 86 • Feministische Perspektive stärken: Wir fordern, dass feministische
87 Gesundheits- und Gleichstellungspolitik zusammengedacht wird, damit in
88 Bereichen wie der Psychotherapie gerechte Bezahlung, sichere
89 Arbeitsbedingungen und verlässliche Finanzierung gewährleistet sind.

90 Wir solidarisieren uns mit den Studierenden und Berufsanfänger:innen: In
91 mehrerer Hinsicht ist der aktuelle Zustand nicht hinnehmbar und die
92 Wertschätzung für diejenigen, die anderen helfen möchten, fehlt der
93 Bundesregierung völlig. Statt berufliche Perspektiven, den Wissenschaftsstandort
94 Deutschland und unsere mentale Gesundheit zu gefährden, soll die Bundesregierung
95 endlich die Forderungen von Verbänden und Petitionen aufgreifen und eine
96 tragfähige Lösung vorlegen!